

Protokollauszug vom

30.08.2023

Departement Bau und Mobilität / Tiefbauamt:

Verkehrsordnung: Einführung flächendeckende blaue Zone in der Stadt Winterthur / Zone 18

IDG-Status: teilweise öffentlich

SR.23.637-1

Der Stadtrat hat beschlossen:

1. Verkehrsanordnungen

1.1 Im Gebiet Brühlberg (Zone 18), westlich begrenzt durch die Schlosstalstrasse, südlich durch die Zürcherstrasse, östlich durch die Eulach und die Neuwiesenstrasse, sowie nördlich durch den Brühlbergwald, wird in den nachstehend aufgeführten Strassen oder Strassenabschnitten das Parkierungsregime «Blaue Zone» mit Dauerparkierungsmöglichkeit für Inhaber und Inhaberinnen von Zonenparkkarten (Zone 18) eingeführt. Diese Verkehrsordnung wird als Zone durch das Signal «Parkieren mit Parkscheibe» (SSV 4.18) sowie den Zusatztext «Ausnahmen unbeschränkt» signalisiert.

- | | |
|------------------------------------|--|
| - Anton-Graff-Strasse | - Schlosshofstrasse (Abschnitt Zürcher- |
| - Brühlbergstrasse | bis Schöntalstrasse) |
| - Brühlgartenstrasse | - Schlosstalstrasse (Abschnitt Bushalte- |
| - Eduard-Steiner-Strasse | stelle Rebwiesen bis Zürcherstrasse) |
| - Gaswerkstrasse | - Theodor-Kirchner-Strasse |
| - Grünweg | - Ulrich-Hegner-Strasse |
| - Mythenstrasse | - Untere Schöntalstrasse |
| - Obere Schöntalstrasse (Abschnitt | - Waldhofstrasse |
| Zürcher bis Schlosshofstrasse) | |

1.2 Das Parkieren ausserhalb der markierten Parkfelder ist innerhalb des gesamten Gebiets der Zone 18 verboten. Diese Verkehrsordnung wird als Zone durch das Signal «Parkieren verboten» (SSV 2.50) und Zusatztext «ausserhalb markierter Felder» signalisiert.

1.3 Die im Widerspruch zu dieser Verfügung stehenden Verkehrsanordnungen werden aufgehoben, namentlich:

- Anordnung Zone «M» verfügt am 19.06.2002
- Anordnung Zone «N» verfügt am 19.06.2002
- Anordnung Erweiterung Zone «M» verfügt am 5.6.2009
- Anordnung Erweiterung Zone «M+N» verfügt am 20.05.2009
- Die bestehenden Parkverbote innerhalb des unter Ziffer 1.1 bezeichneten Gebietes werden gemäss des unter Ziffer 1.2 verfügten Parkverbotes hinfällig

1.4 Gegen diese Verkehrsanordnung kann innert 30 Tagen von der Publikation an gerechnet beim Statthalteramt des Bezirks Winterthur Rekurs erhoben werden. Die Rekursschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Die angerufenen Beweismittel sind genau zu bezeichnen und soweit möglich beizulegen. Materielle und formelle Entscheide des Statthalteramts sind kostenpflichtig; die Kosten hat die im Verfahren unterliegende Partei zu tragen.

2. Das Tiefbauamt wird beauftragt:

2.1 durch die Abteilung Mobilität die Verkehrsanordnung gemäss Ziff. 1 amtlich zu publizieren.

2.2 durch die Abteilung Mobilität die zuständigen Quartiervereine mündlich über die geplanten Anordnungen zu informieren.

2.3 durch die Abteilung Mobilität die zuständigen Quartiervereine schriftlich über die geplante Publikation gemäss beigelegtem Schreiben zu informieren.

2.4 durch die Abteilung Betrieb und Unterhalt nach den Weisungen der Abteilung Mobilität die Signalisation und das Markieren vorzunehmen.

3. Die Kosten gehen zu Lasten des Projektes 11516, Parkraumplanung.

4. Die Medienmitteilung wird gemäss Beilage genehmigt.

5. Mitteilung an: Departement Bau und Mobilität, Tiefbauamt, Mobilität, Projektierung und Realisierung, Betrieb und Unterhalt; Departement Sicherheit und Umwelt, Stadtpolizei; Kantonspolizei Zürich (verkehrstechnik@kapo.zh.ch).

Vor dem Stadtrat

Der Stadtschreiber:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Simon', is written over the printed name.

A. Simon

Begründung:

1. Ausgangslage

Gemäss Art. 3 Abs. 4 SVG kann der Stadtrat, soweit der Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner oder gleichermassen von Lärm und Luftverschmutzung betroffener Personen, die Sicherheit, die Erleichterung oder die Regelung des Verkehrs, der Schutz der Strasse oder andere in den örtlichen Verhältnissen liegenden Gründe dies erfordern, Verkehrsbeschränkungen oder andere Verkehrsanordnungen erlassen, insbesondere kann in Wohnquartieren der Verkehr beschränkt und das Parkieren besonders geregelt werden.

Die erforderlichen, örtlichen Vorschrifts- oder Vortrittssignale oder andere Signale mit Vorschriftscharakter sind durch den Stadtrat zu verfügen und mit Rechtsmittelbelehrung zu veröffentlichen (Art. 107 Abs. 1 und 2 der eidg. Signalisationsverordnung, SSV, vom 5. September 1979 i.V.m. § 27 der kant. Signalisationsverordnung (KSigV) vom 21. November 2001 und Art. 1 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung betreffend kant. Signalisationsverordnung (KSigV) der Stadt Winterthur vom 4. November 1981).

Auf Grund des stadträtlichen Beschlusses zur Parkraumplanung vom 21.09.2016 (SR.15.959-3) und des Kreditbeschlusses zur Umsetzung der flächendeckenden Blauen Zone des Grossen Gemeinderates vom 20.03.2019 (GGR-Nr. 2019.21) soll in Winterthur mit der Einführung einer flächendeckenden Blauen Zone mit Bevorzugung der Anwohnerinnen und Anwohner die öffentliche Parkierung neu geregelt werden. Konkret sollen damit die Quartiere vor dem Fremdparkieren durch Pendlerinnen und Pendler geschützt werden.

Blaue Zonen bestehen bereits in einzelnen Quartieren der Stadt Winterthur und sind in der Schweiz weit verbreitet und etabliert. Mit der Umsetzung einer flächendeckenden Blauen Zone über das gesamte Stadtgebiet kann insbesondere der bisherige Effekt vermieden werden, dass bei einer Einführung einer Blauen Zone in einem Quartier oder einer Strasse die Pendlerinnen und Pendler auf angrenzende Gebiete ausweichen.

Die flächendeckende Blaue Zone umfasst das zusammenhängende Siedlungsgebiet sowie die Aussenwachen mit Bahnstationen. Die Aussenwachen Eidberg, Gotzenwil, Iberg, Neuburg, Ricketwil, Rossberg, Stadel, Radhof, Lantig und Taggenberg werden keine Regimeänderung erfahren, da sich hier das Problem des Parkierungsdrucks und der Fremdparkierung nicht stellt.

Das Stadtgebiet, ohne die erwähnten Ortsteile, wird für die flächendeckende Blaue Zone in fol-

gende drei Kategorien unterteilt: Zentrumszonen (Innenstadt), Quartierzentren (Seen, Oberwinterthur, Wülflingen, Töss und Neuhegi) sowie Zonen für Anwohnerinnen und Anwohner (kurz Anwohnerzonen).

Die Legitimation und Kontrolle der Dauerparkierung erfolgt über die Ordnungsbussenzentrale der Stadtpolizei Winterthur.

2. Verkehrsanordnung

Im Gebiet Brühlberg (Zone 18) soll auf Grund des stadträtlichen Beschlusses zur Parkraumplanung vom 21.09.2016 (SR.15.959-3) die öffentliche Parkierung durch eine flächendeckende blaue Zone geregelt werden. Dazu werden im Gebiet Brühlberg die Zonen N, M, Erweiterung M und Erweiterung N+M mit Anwohnerbevorzugung aufgehoben und neu durch die Zone 18 mit Dauerparkierungsmöglichkeit für Inhaber und Inhaberinnen von entsprechenden Zonenparkkarten ersetzt.

Im Weiteren werden die Verfügungen betr. Parkverbote (siehe Beschluss-Ziff. 1.3) aufgehoben.

3. Umgang mit Rechtsmittelverfahren von Drittprojekten

Im Perimeter der Zone 18 ist gegen die Festsetzung des Strassensanierungsprojekts Schlosshofstrasse Rekurs erhoben worden. Der Rekurs betrifft die Anordnung einzelner Parkfelder, stellt die Bewirtschaftungsform aber nicht in Frage. Mit vorliegendem Beschluss werden die bestehenden Blauen Zonen im Perimeter zusammengelegt, die Parkierung wird nicht angepasst. Das laufende Rechtsmittelverfahren zum Strassensanierungsprojekt an der Schlosshofstrasse wirkt sich somit nicht auf die vorliegende Verkehrsanordnung aus.

4. Rechtsmittel

Gegen die vorliegend beschlossene Verkehrsanordnung kann innert 30 Tagen ab der amtlichen Publikation Rekurs beim Statthalteramt des Bezirks Winterthur erhoben werden.

5. Externe und interne Kommunikation

Die Medienmitteilung gemäss Beilage wird genehmigt. Die Verkehrsanordnung wird durch die Abteilung Mobilität des Tiefbauamtes amtlich publiziert. Wird die Verkehrsanordnung rechtskräftig und steht die Umsetzung der Massnahmen bevor, prüft die Abteilung Mobilität, ob zusätzliche Kommunikationsmassnahmen nötig sind.

Die Abteilung Mobilität ist zu beauftragen, die betroffenen Quartiervereine mündlich über die vorgesehenen Änderungen sowie schriftlich über die bevorstehende Publikation zu informieren. Dem

Schreiben wird mit Ankündigung der Sperrfrist auch die Medienmitteilung beigelegt. In der Medienmitteilung wird auf die Projektwebsite verwiesen, auf welcher gemeinsam vom Tiefbauamt und der Stadtpolizei umfassend zur flächendeckenden Blauen Zone und zum Parkkartenbezug informiert wird.

6. Veröffentlichung

Beschlüsse mit Rechtsmittelfrist, die amtlich zu publizieren sind, sind grundsätzlich öffentlich. Damit Klarheit über den Beginn der Rechtsmittelfrist herrscht, ist dieser Beschluss erst zum Datum der amtlichen Publikation zu veröffentlichen. Das Departementssekretariat Bau und Mobilität orientiert dazu die Stadtkanzlei rechtzeitig über das Datum der amtlichen Publikation.

Beilagen (öffentlich):

1. Plan Parkkartenzone 18
2. Medienmitteilung

Beilage (nicht öffentlich):

3. Schreiben an Quartiersvereinspräsident/-in